

würde, die Zukunft des Vaterlandes gefährden würde. Und aus diesem Grunde müssten seine politischen Freunde die Verantwortung für dieses Gesetz ablehnen. (Beifall bei den National-liberalen.)

Abg. Dr. Brühl (Hospitalant des Centrums) befürwortet die Vorlage im Interesse der Gerechtigkeit und des christlichen Volkes, um so mehr, da ja auch die protestantische Kirche unter den Majestäten gelitten habe und Fürst Bismarck diese Gesetze ausdrücklich als Kampfgesetze bezeichnet habe. Gefährlich könne die Vorlage nur dann wirken, wenn der Staat der katholischen Kirche seinen Arm leibe zur Unterdrückung der evangelischen Kirche — könne einer der Nationalliberalen eine solche Befürchtung aber im Ernste hegen? Er gönne der katholischen Kirche von ganzem Herzen ihre Freiheit; er betrachte die katholische Kirche als Schwesterkirche und wünsche nur, dass in seiner, der evangelischen Kirche, immer das selbe eifrige kirchliche Leben herrsche wie bei den Katholiken. Fürder müsse man für beide Kirchen, dass sie von kirchlichen Organen regiert werden, und so wünsche er, dass eine Revision der Kirchengesetzgebung bald in dem Sinne vorgenommen werde, dass der evangelischen Kirche die gleichen Rechte wie der katholischen eingeräumt werden. Er hoffe, dass auch ohne einen Antrag oder eine Resolution des Hauses die Regierung in dieser Richtung vorgehen werde. (Beifall im Centrum und rechts.)

Abg. Lubrecht (nationall.) verwahrt seine Partei gegen den neulich vom Abg. v. Hammerstein erhobenen Vorwurf, dass sie die Interessen des Protestantismus hier vertrete. Er wisse dies entschieden zurück, seine Partei sei eine politische, nicht eine confessionelle. Ebenso ungerecht sei der Vorwurf, dass seine Partei nur aus Liebe zum Kulturkampf gegen die Vorlage sei. Nein, gerade aus Liebe zur Kirche seien sie gegen die Vorlage, damit nicht der Katholicismus in seinem steten Kampfe gegen die evangelische Kirche gestärkt werde. Den Aufträgen des Abg. Stöcker stehe er sympathisch gegenüber, aber er habe darin den festen evangelischen Standpunkt der katholischen Kirche gegenüber vermisst, den Standpunkt, den Luther mit den Worten kennzeichnete: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders.“ Als Vertreter der evangelischen Kirche müsse er die Conservativen aufordern: videant Evangelici, ne quid detrimenti ecclesiae evangelica capiat!

Abg. Dr. Windthorst: Neues habe ich vom Vorredner nur insofern gehört, als er sich als Vertreter der evangelischen Kirche bezeichnete. (Heiterkeit.) Im Uebrigen verzichte ich auf jede Antwort. Wir werden die Beschlüsse schweigend annehmen in der Hoffnung, dass das Gesetz zum Wohle beider Confessionen und des Vaterlandes ausfallen werde. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Virchow: Was mich besonders zu meinem ablehnenden Votum veranlasst, ist die Unfertigkeit dieser Vorlage, die, wie kaum eine zweite, Berathung in der Commission verlangt hätte, und zwar umso mehr, als es sich gar nicht um eine Regierungsvorlage handelt, sondern um eine vom Herrenhaus vielfach amandirte Vorlage. Da sind so ohne Weiteres Bestimmungen hineingeschneit, so besonders der Art. 14 — irgendwo war ein grosser Wind und plötzlich war der Artikel in die Vorlage hineingeweht. Gerade dieser Artikel verdient doch sehr eingehende Prüfung, es liegt doch gar kein Grund vor, den Pfarrer nun plötzlich als geborenen Kirchengemeinde-Vorsteher zu betrachten. Es mögen ja im Herrenhause hinter den Coullissen mancherlei Verhandlungen geführt worden sein, aber sie können doch für einen Preussischen Abgeordneten nicht massgebend sein. Diese Vorlage ist in sehr vielen Punkten sehr revisionsbedürftig, bevor sie Gesetz werden könnte. So muss ich z. B. gleich den anwesenden Justizminister fragen: die Kirchendiener können abgesetzt werden, aber wo sind die Organe, die diese Absetzungen vornehmen können? Das sind doch ganz räthselhafte Gesetzesbestimmungen. Wir geben den kirchlichen Gerichtshof gern preis, aber die Geistlichen dürfen doch nicht ausserhalb des Gesetzes gestellt werden, sie müssen doch auch ein Forum haben, vor dem sie Schutz z. B. gegen ihre Vorgesetzten finden können. Ich würde sehr gern einzelnen Bestimmungen dieser Vorlage mich anschliessen, aber ich kann es nicht einem so mangelhaften Gesetz gegenüber, das nur die Folge haben wird, neue Zwistigkeiten zu schaffen. Ungemein unklar und dehnbar sind die Bestimmungen der Art. 2 bis 4, sie basiren auf derselben Methode, auf der die Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle basiren. In Bezug auf diese Verhandlungen besteht eine Differenz zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Cultusminister. Letzterer bezeichnet die Erklärungen der Curie als etwas sehr Erfreuliches und Befriedigendes, während Fürst Bismarck Alles nur von dem guten Willen beider Theile für die Hauptsache ansieht und die Paragraphen der Vorlage für unbedeutend ansieht. Die uns mitgetheilten Jacobinischen Noten sind vielleicht nicht ganz richtig

übersetzt, vielleicht in Folge des dunklen Latein, in dem die Noten abgefasst — jedenfalls sind sie nicht ganz verständlich (Redner führt ein Beispiel dafür aus der Note vom 4. April an.) Man hat ursprünglich die Civilstandsgesetzgebung als einen Einbruch in das Recht der Kirche bezeichnet und hat sich jetzt doch daran gewöhnt, — liegt nun nicht die Frage, die Erwägung nahe, dass, wenn auch nicht wir, so doch unsere Kinder es erleben, dass man nun die ganze Stellung von Staat und Kirche im Sinne und Geiste dieser Civilstandsgesetze regelt? Es ist kein Phantom, dem wir nachjagen, es ist ein Ziel, das man erstreben kann, das man durch eine Vorlage wie die heutige freilich nicht erreicht. (Beifall links.)

Abg. Dr. Szumann (Pole) führt aus, dass seine Partei sich wegen der Ausnahmebestimmung in Art. 2 und 14 für die Vorlage nicht entscheiden könne und daher der Abstimmung enthalten werde.

Die Generaldiscussion wird geschlossen. Die Art. 1—5 werden hierauf debattelos angenommen und Art. 6 (Kirchendiener), nachdem Abg. Dr. Virchow von dem Justizminister seine Anfrage bezüglich dieses Artikels nicht beantwortet habe.

Die Art. 7—15 werden ohne Debatte unverändert angenommen.

Die Schlussabstimmung über die Vorlage ist eine namentliche; in derselben wird die Vorlage mit 216 gegen 108 Stimmen angenommen; 14 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung.

Gegen die Vorlage stimmten geschlossen die Nationalliberalen, mit Ausnahme des (katholischen) Abg. Vygen, von den Freisinnigen der Abgg. Berling, Czerlinski, Drawe, Ebertz, Goldschmidt, Kieschke, Klotz, Knörke, Dr. Meyer, Schmitt, Krieschke, Plügg, Rickert, Dr. Seelig, Seyffarth (Legnitzer), Simon (Fraustadt), Steffens, Dr. Virchow, Wirth und Zell; von den Freiconservativen die Abgg. v. Bismarck (Flatau), Douglas, Herwig, Jaekel, Kinnemann, Kleine, Koehne, Krah, Meister, Muhl, Dr. v. Neddern, Neubarth, v. Rosenberg, Schmidt (Sagan), Schmidt (Sondershausen), Spangenberg, Stengel, Dr. Wehr, Wittlich, Wittich, Frhr. v. Zedlitz.

Die Polen enthalten sich der Abstimmung. (Schluss des Blattes.)

— Die Budgetcommission des Abgeordnetenhauses setzte heute die Berathung des Nachtragsetats fort und bewilligte unverändert die zur Verstärkung der Schulaufsicht in den Provinzen Westpreussen und Posen, sowie im Regierungsbezirk Oppeln geforderten 200 000 M. Dagegen wurde die Forderung von 100 000 M. zur Förderung des Deutschen höheren Mädchenschulwesens auf die Hälfte — 50 000 M. — reducirt.

— Aus London wird der „Pol. Corr.“ mitgetheilt, dass die Nachricht, als hätte die Pforte die Griechische Regierung in einer formellen Summation zur Abrüstung aufgefordert oder als stünde ein derartiger Schritt unmittelbar bevor, in den dortigen diplomatischen Kreisen in keinerlei Bestätigung findet. Die Pforte hat in diesem Punkte bisher keinerlei Eröffnung über ihre Absichten gemacht; es sei jedoch That-sache, dass ihr Ermunterung zugekommen. Man irrte, wenn man unter diesen Umständen die Pforte vorerst das Resultat der gegenwärtigen Action der Mächte abwarten werde, ehe sie bezüglich ihres weiteren Vorgehens entscheidende Beschlüsse fassen wird.

— Dass die Gerichte der Vereinigten Staaten mit den Anarchisten nicht viel Federlesens machen (jedenfalls lange nicht so viel, wie Englische Gerichte) zeigt folgender Vorfall aus neuester Zeit: Karl Willmund, in Deutschland geboren, vor fünf Jahren mit Frau und Kindern nach Amerika gekommen, wurde am 9. März d. J. mit dem Freskomaler Wilhelm Schliemann auf einem leeren Bauplatz in New York abgefasst, wohin der Polizist Walker das Explodiren einer Dynamitpatrone gelockt hatte. Man fand bei ihm einen langen geschweiften Dolch, einen mit Blei gefüllten Knüttel und 1 1/2 Pfund rothen Pfeffer vor und dies führte zu seiner Verhaftung. Ausserdem hatte Willmund einen an Most gerichteten Brief in seiner Rocktasche, worin er erklärte, er sei „immer bereit, für unsere Sache einzutreten, und wenn es auch mit dem Messer sein sollte.“ Die Jury hatte den Angeklagten schuldig erkannt, ihn jedoch der Gnade des Gerichtshofes empfohlen. Als nun am 26. April Willmund vor die Schranken geführt wurde, redete ihn der Richter Smyth folgendermassen an: „Wie mir mitgetheilt wurde, hatten vor einigen Tagen Leute Ihrer Klasse eine Versammlung, in welcher besprochen wurde, sich zu bewaffnen und den gesetzlichen Autoritäten Widerstand zu leisten. Ich gebe jetzt jenen Leuten eine Warnung durch Sie, dass, wenn dieselben in dieses Gericht gebracht und überführt werden, streng nach dem Gesetze mit ihnen verfahren werden wird. Ich fühle mich gezwungen, diesen Wühleren mit der vollsten Strenge des Gesetzes zu be-

gegen, und werde den Gesetzaußertretern, welche die Rechte der Bürger beträchtlichen wollen, mit dem vollsten und strengsten Strafmaass begegnen. Es ist nur die Empfehlung seitens der Jury, was mich veranlasst, nicht die ganze Strenge des Gesetzes gegen Sie anzuwenden.“ Willmund wurde dann zu dreieinhalb Jahren Staatsgefängnis bei harter Arbeit verurtheilt.

— Die Frage, ob das in § 3 des Preussischen Gesetzes vom 29. Juli v. J. enthaltene Verbot der Veröffentlichung von Gewinnlisten auswärtiger Lotterien in den in Preussen erscheinenden Zeitungen der Reichspressgesetzgebung gegenüber rechtsgiltig ist oder nicht, gelangte heute anlässlich einer gegen den verantwortlichen Redacteur der „Berliner Zeitung“, Dr. Langmann, wegen Veröffentlichung von Gewinnresultaten der in Preussen nicht zugelassenen Braunschweiger Lotterie in der Revisionsinstanz vor dem Strafsenat des Kammergerichts zur Verhandlung. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten freigesprochen, indem es einen Widerspruch des erwählten § 3 mit § 1 des Reichspressgesetzes vom 7. Mai 1874 constatirte, durch letzteren für verboten erachtete solcher Gewinnlisten nicht für verboten erachtete und dem Reichsgesetz keine rechtliche Wirkung beilegte, als dem Landgesetze. Die 6. Strafkammer des Landgerichts aber verurtheilte den Dr. Langmann, wegen Veröffentlichung von Gewinnresultaten der Braunschweiger Lotterie zu einer Geldstrafe, indem sie der Ansicht war, dass der cit. § 3 des Reichsgesetzes nicht zuwiderlaufe. Der § 20 des Reichspressgesetzes verweise betreffs der durch den Inhalt einer Druckschrift begangenen Vergehen auf die Allgemeinen Landesgesetze. Darunter sei nicht blos das Reichsstrafgesetzbuch verstanden, sondern überhaupt die ganze den Stoff behandelnde Landesgesetzgebung. Hiergegen legte der Angeklagte Revision ein. Sein Verteidiger, R.-A. Dr. Ulstein, führte vor dem Kammergericht namentlich aus, dass dem § 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1875 deshalb jede praktische Anwendbarkeit abzuschneiden sei, weil er eine Beschränkung der Presse enthalte, während diese Beschränkung im Reichspressgesetz weder vorgeschrieben noch zugelassen sei. Der § 1 des letzteren laute: „Die Freiheit der Presse unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch das gegenwärtige Gesetz vorgeschrieben oder zugelassen sind“, und daraus ergebe sich, dass § 3 hier nicht anwendbar ist. Zu demselben Resultate gelangte man, wenn man vom § 1 des Reichspressgesetzes ganz absehe und nur berücksichtige, dass nach Art. 4 der Reichsverfassung die Bestimmungen über die Presse der Reichsgesetzgebung vorbehalten sind, dass somit, nachdem im Reichspressgesetz die Materie der Presse einheitlich und umfassend geregelt worden ist, jeder Eingriff in diese Materie, jede Veränderung in der rechtlichen Stellung der Presse, sei es zu ihren Gunsten, sei es zu ihren Ungunsten, seitens der Landesgesetzgebung ausgeschlossen sei. Daraus folge natürlich nicht, dass die Presse nicht dem Wechsel der allgemeinen Strafgesetzgebung unterworfen sei, in § 3 des Lotteriegesezes handle es sich aber nicht um ein allgemeines Strafgesetz, sondern um ein ausschliesslich für die Preussische Presse erlassenes Gesetz, welches ihr eine an sich nicht unter Strafe gestellte Handlung verbietet; das aber ist eine Beschränkung der Presse. Diese Bestimmung habe auch, was die Strafkammer nicht anerkennen wolle, einen presspolizeilichen Charakter, denn wenn der Gesetzgeber durch Strafdrohung verhindern will, dass eine im Uebrigen nicht für strafwürdig befundene Handlung durch die Presse ausgeübt werde, also zu erkennen giebt, dass er dieselbe nur dann für dem allgemeinen Wohle gefährlich hält, wenn sie durch die Presse begangen wird, so übt er durch dieses Verbot einen Act der Presspolizei aus. Der Verteidiger kennzeichnet sodann noch die Absonderlichkeit des Zustandes, der entstehen würde, wenn die Veröffentlichung der Listen dem Willen des Vorderrichters gemäss, für die Presse strafbar sein sollte. Jeder Cigarrenhändler, überhaupt Jedermann würde an seinem Schaufenster die betr. Listen und alle die auswärtigen Deutschen Zeitungen, welche dieselben ferner straflos aushängen und bekannt machen können, während die Preussischen Zeitungen allein dafür bestraft werden sollten. Artikel 106 der Preussischen Verfassung könne hier nicht herangezogen werden, weil er sich zunächst nur auf die formelle Gültigkeit der betreffenden Gesetze bezieht, weil er der Vorschrift der Reichsverfassung, dass die Reichsgesetze die Landesgesetze vorgeben, weichen muss, wenn andersfalls diese Vorschriften nicht leerer Schall sein sollen. Allerdings sei die Presse beschränkt, jedoch geknebelt, wenn sie nicht nach Thatssachen solle bringen können; von Meinungen allein könne sie nicht leben. § 20 des Pressgesetzes spreche nur von der Verantwortlichkeit nach allgemeinen Strafgesetzen; § 3 des Lotteri-